

# Die Rückkehr des Generals

## Die Krise der IV. Republik ebnete de Gaulles Verfassung den Weg

Ansbert Baumann\*



**Am 28. September 1958 stimmte die französische Bevölkerung mit 79,2 % Ja-Stimmen für die Annahme einer neuen Verfassung, die daraufhin am 4. Oktober 1958 in Kraft trat. Die V. Republik war geboren, und Charles de Gaulle war mit ihr ins Zentrum der politischen Macht zurückgekehrt.**

Im Mai 1958 erreichte die politische Krise, welche die IV. Republik bereits seit langem gefangen hielt, ihren Höhepunkt: Am Abend des 13. Mai kam es in Algerien zum Militärputsch; die meisten der in Algerien lebenden Franzosen unterstützten das Vorgehen der Armee, und auch in der „*Métropole*“, also im eigentlichen Frankreich, konnten die Putschisten auf eine gewisse Sympathie innerhalb der Bevölkerung zählen. Der seit vier Jahren andauernde Krieg in Algerien hatte die Menschen zermürbt; als dann auch noch das Gerücht die Runde machte, dass sich der designierte Ministerpräsident Pierre Pflimlin auf Verhandlungen mit dem *Front de Libération Nationale* (FLN), der algerischen Befreiungsbewegung, einlassen wolle, war es den national gesinnten Verantwortlichen in der französischen Algerienarmee zu viel und sie setzten den bereits seit mehreren Monaten erwogenen Putsch in die Tat um.

Staatspräsident Coty erklärte daraufhin den nationalen Notstand und forderte die Putschisten eindringlich dazu auf, „*der Heimat keine neuen Leiden zuzufügen*“, und sich der „*Befehlsgewalt der Regierung der Französischen Republik*“ zu unterstellen. Die Aufständischen gaben jedoch zu erkennen, dass sie nicht primär den Staatsstreich ins Mutterland tragen und damit die Gefahr einer bürgerkriegsähnlichen Eskalation eingehen wollten, sondern die Bildung einer neuen Regierung favorisierten, der kein Geringerer als Charles de

Gaulle vorstehen sollte. Tatsächlich zeigte sich jener, nachdem er zunächst gezögert hatte, am 15. Mai dazu bereit, „*die Verantwortung zu übernehmen*.“ Am 1. Juni wählte ihn die Nationalversammlung zum neuen Ministerpräsidenten und erteilte ihm den Auftrag, eine neue Verfassung auszuarbeiten. De Gaulle hatte die Verfassung der IV. Republik von Anfang an bekämpft und war aus Protest gegen die sich abzeichnende Schwächung der Exekutiven noch vor deren Inkrafttreten am 20. Januar 1946 als Regierungschef zurückgetreten. Nun kehrte er als potenzieller „*Retter*“ an die Macht zurück.

### Schwierige Bilanz der IV. Republik

Im Frühjahr 1946 hatte de Gaulles Rücktritt die Ausarbeitung einer neuen Verfassung nicht gerade einfacher gemacht: Ein erster Entwurf wurde im Mai 1946 von der französischen Bevölkerung abgelehnt, und die überarbeitete Fassung erreichte bei einem zweiten Referendum am 13. Oktober 1946, an welchem sich lediglich 68,8 % der Wahlberechtigten beteiligten, eine Zustimmung von nur 53,5 %. Die demokratische Legitimität der neuen Verfassung war also von vornherein eher schwach. Sie knüpfte an die Grundprinzipien der III. Republik an, beschnitt allerdings die Machtbefugnisse des Präsidenten noch stärker, indem sie

\* Dr. Ansbert Baumann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen und *Maître de Conférences* am IEP Paris, *1er cycle franco-allemand*.

dem von beiden Kammern des Parlaments für sieben Jahre gewählten Staatsoberhaupt im Wesentlichen repräsentative Aufgaben zuschrieb, während die eigentliche Regierungsgewalt beim Ministerpräsidenten lag, der zwar vom Präsidenten nominiert, aber von der Nationalversammlung bestätigt wurde. Die starke Stellung der Nationalversammlung sollte sich jedoch bald als zentrales Problem der politischen Ordnung erweisen: Ähnlich wie bereits in der III. Republik wurden die politischen Verhältnisse entscheidend von der Instabilität der Regierungen geprägt, so dass die IV. Republik in den knapp 12 Jahren ihres Bestehens von 21 Regierungen geführt wurde.

Diese politische Instabilität lag allerdings auch im Parteienspektrum jener Jahre begründet: Nachdem die Allianz der drei großen Parteien, der Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten, im Kontext des beginnenden Kalten Krieges 1947 auseinandergebrochen war, begab sich die Kommunistische Partei in eine fundamentaloppositionelle Rolle; auf der anderen politischen Seite gründete de Gaulle im gleichen Jahr eine die bestehenden politischen Verhältnisse ebenfalls ablehnende Sammlungsbewegung, den *Rassemblement du Peuple Français*. Die Regierungen konnten sich somit nicht mehr auf eine klare parlamentarische Mehrheit stützen und waren abwechselnd dem Druck aus dem linken oder rechten Lager ausgesetzt. Diese Konstellation war wesentlich für die häufigen Regierungswechsel verantwortlich, welche dann wiederum dem Ansehen der Regierungsparteien schaden und die Handlungsfähigkeit der Politik konstant beschränkten.

Trotz aller Probleme hatten die Regierungen der IV. Republik jedoch auch Erfolge aufzuweisen: So wurde der Wiederaufbau des Landes mit Unterstützung eines Planungskommissariats unter der Leitung von Jean Monnet energisch in Angriff genommen und die Modernisierung der französischen Wirtschaft eingeleitet, was dazu führte, dass das Land zu Beginn der 1950er Jahre jährliche Zuwachsraten in einer Größenordnung von durchschnittlich 4,5 % zu verzeichnen hatte. Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitierte auch die Konsumgüterindustrie, was sich wiederum posi-

tiv auf die allgemeine Stimmungslage in der Bevölkerung auswirkte. Es gab allerdings auch Zweige, die weit weniger an der Prosperität partizipieren konnten, wie beispielsweise die Landwirtschaft oder Textilindustrie. So ließ die rasche Umwandlung des bislang vorwiegend agrarisch geprägten Landes in einen modernen Industriestaat ganze Landstriche veröden und brachte das überlieferte soziale Gefüge aus dem Gleichgewicht.

Auch im außenpolitischen Bereich war die Erfolgsbilanz der Regierungen zwischen 1946 und 1958 zwiespältig: Auf der einen Seite gelang es der französischen Politik hervorragend, die nationale Politik an die veränderten Verhältnisse des Ost-West-Konfliktes anzupassen; andererseits war sie jedoch mit den Auflösungserscheinungen des französischen Kolonialreiches und den daraus resultierenden, immer schwieriger werdenden Konflikten überfordert.

Gerade in Bezug auf den östlichen Nachbarn muss das Fazit der französischen Politik jener Jahre jedoch überwiegend positiv ausfallen: Nachdem schon die Zustimmung zur Gründung der Bundesrepublik 1948 eine Abkehr von dem bis dahin eingeschlagenen deutschlandpolitischen Kurs bedeutet hat-

### „Die Erfolgsbilanz der Regierungen zwischen 1946 und 1958 ist zwiespältig.“

te, stellte der Schuman-Plan von 1950 die deutsch-französischen Beziehungen auf eine völlig neue, partnerschaftliche Stufe. Auch wenn der damit verbundene Aufbruch zu einem supranationalen Europa vier Jahre später ausgerechnet von der französischen Nationalversammlung gebremst wurde, als jene am 30. August 1954 den Vertrag zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ablehnte, konnten sogar die – aus damaliger Sicht völlig verständlichen – französischen Bedenken im Hinblick auf die deutsche Wiederbewaffnung ausgeräumt werden, so dass Frankreich in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO zustimmte.

Nachdem das bei gleicher Gelegenheit unterzeichnete Saar-Statut, welches eine Europäisierung des Saarlandes vorgesehen hatte, genau ein Jahr später bei einer Volksabstimmung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden war, wurde am

27. Oktober 1956 der Luxemburger Vertrag unterzeichnet, nach welchem das Saarland zum 1. Januar 1957 in die Bundesrepublik eingegliedert wurde. Die französische Zustimmung zeigte, wie stark das Vertrauen in den deutschen Nachbarn in den zurückliegenden Jahren gewachsen war, und beseitigte die letzte große Hypothek im deutsch-französischen Verhältnis. Wie weit man in Paris mit der Bundesrepublik zu gehen bereit war, zeigt nicht zuletzt eine Ende des Jahres 1957 lancierte Initiative zur gemeinsamen Entwicklung von Atomwaffen, an welcher neben Frankreich und Deutschland auch Italien beteiligt werden sollte.

Aber auch hinsichtlich des Fortgangs der europäischen Einigung gingen die verantwortlichen französischen Politiker weiterhin mit mutigen Schritten voran, so dass Frankreich unter anderem auch maßgeblich am Zustandekommen der Römischen Verträge und damit an der Gründung des gemeinsamen europäischen Marktes beteiligt war. Die lange Zeit protektionistisch geprägte französische Wirtschaft setzte sich damit einer direkten Konkurrenz – insbesondere durch die bundesdeutsche Wirtschaft – aus, was weitere wirtschaftspolitische Modernisierungsschritte unausweichlich machte. Auf der anderen Seite eröffneten sich aber auch neue potenzielle Absatzmärkte für die französischen Agrarprodukte; außerdem erweckte die gleichfalls mit den Römischen Verträgen ins Leben gerufene Euratom besonders innerhalb der französischen Nuklearindustrie größere Erwartungen, und es ist natürlich auch kein Zufall, dass die *relance européenne* unmittelbar nach der für Frankreich so unbefriedigend verlaufenden Suez-Krise des Jahres 1956 erfolgte.

Die Suez-Krise war allerdings nur einer von vielen Tiefschlägen, den die französische Politik im Kontext der so genannten Entkolonialisierung einstecken musste. Schon 1946 begann der verheerende Indochina-Krieg, an dessen Ende die vernichtende Niederlage der französischen Truppen in der Festung Dien Bien Phu stand. Im Genfer Waffenstillstandsabkommen von 1954 verzichtete Frankreich schließlich auf seine asiatischen Kolonien. Im gleichen Jahr konnte die angespannte Situation in Tunesien durch die Gewährung der inneren Autonomie entschärft werden, und auch in Marokko gelang eine Deeska-

lation der politischen Lage, die sich seit 1953 dramatisch zugespitzt hatte. Die beiden nordafrikanischen Staaten wurden 1956 in die vollständige Unabhängigkeit entlassen, den schwarzafrikanischen Kolonien wurde gleichzeitig ein halbautonomer Status zuerkannt, welcher die Unabhängigkeit einleiten sollte.

In Algerien war die Situation weitaus schwieriger, da das Land offiziell zum französischen Mutterland gehörte. Auch dort hatte sich eine Unabhängigkeitsbewegung formiert, und ab dem 1. November 1954 kam es zu einem regelrechten Bürgerkrieg, in dessen grausamen Sog sich die Pariser Regierung mehr und mehr hineinziehen ließ. Der außerordentlich brutal geführte Krieg belastete aber nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die französische Finanzkraft, was sich vor allem am rasanten Kursverfall des Franc bemerkbar machte. Nicht zuletzt geriet das internationale Ansehen Frankreichs in eine schwere Krise. Ein Ende des Aufstandes lag jedoch bis zum Mai 1958 außerhalb des Erreichbaren. Mit der Rückkehr de Gaulles erschien nun vieles möglich.

## De Gaulle an der Macht

Den Vorgaben der Nationalversammlung entsprechend ließ de Gaulle im Sommer 1958 einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der am 3. September vom Ministerrat gebilligt wurde. Die letzte Entscheidung wurde jedoch dem Volk zugebilligt; das Referendum vom 28. September brachte dann eine überwältigende Mehrheit für die neue Verfassung und wirkte damit auch als eine Art Plebiszit zugunsten des Generals.

Mit der Verfassung der V. Republik, welche am 4. Oktober 1958 in Kraft trat, wurde das Parlament weitgehend entmachtet, indem seine Gesetzgebungskompetenzen auf wenige Bereiche begrenzt wurden. Damit einher ging eine enorme Stärkung der Exekutiven, vor allem in Gestalt der herausgehobenen Stellung des Staatspräsidenten, dem die Verfassung große politische Gestaltungsspielräume zubilligte. Und dem wie ein Messias empfangenen Staatspräsidenten gelang es schließlich tatsächlich, Bewegung in die festgefahrene Situation in Algerien zu bringen.